

[View this email in your browser](#)

# RT-ZA Infos zu Zentralamerika

November 2024

1. Regional
2. Nicaragua
3. Guatemala
4. El Salvador
5. Honduras

*Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?*

Gerne an: [koordination@rt-za.de](mailto:koordination@rt-za.de)

## 1. Regional

**Wirtschaft:** Eine Recherche des Medienkollektivs Redacción Regional deckte auf, dass sich 16 der reichsten Familien Mittelamerikas in Spanien niedergelassen und dort insgesamt 52 Unternehmen angemeldet haben. Das europäische Land hat mittelamerikanisches Kapital angelockt, indem es zulässt, dass persönliches Einkommen mit einem Mindestsatz von 1,25 Prozent besteuert wird. Allein im Jahr 2022 flossen 341 Millionen Euro von diesen zentralamerikanischen Unternehmen nach Spanien.

**Landwirtschaft:** Mehrere mittelamerikanische Länder haben das Aufkommen neuer Fälle von Schraubenwurmfliegen gemeldet. Dieser Schädling, *Cochliomya hominivorax*, führt bei Rindern zu einer potenziell tödlichen parasitären Erkrankung. Die Fliegen galten in den 1990er Jahren in Mittelamerika bereits als ausgerottet, sind aber in Panama, Guatemala, Honduras und Nicaragua wieder aufgetaucht. Seit Juli 2023, als der erste Fall in Panama auftrat, wurden mehr als 40.000 Fälle in der Region festgestellt. Die betroffenen Länder haben Alarm geschlagen. Experten führen das Phänomen auf illegale Viehzucht zurück und haben Mexiko empfohlen, seine Grenzen zu Guatemala und Belize für den Viehhandel zu schließen.

**Bukele in Costa Rica:** Der verfassungswidrige Präsident von El Salvador, Nayib Bukele, war Mitte November für einen offiziellen Besuch beim Präsidenten Rodrigo Chaves in Costa Rica. Chaves verlieh Bukele den höchsten diplomatischen Orden dafür, dass er El Salvador aus der Gewalt der Gangs „gerettet“ hat. Bukele nutzte den Besuch, um Propaganda zu verbreiten und seine Strategie der Machtkonzentration als Voraussetzung für die Lösung der Sicherheitsprobleme zu preisen.

Mindestens zwei in diesem Jahr durchgeführte Umfragen deuten darauf hin, dass die

## 2. Nicaragua

**Politik:** Der von der Sandinistischen Front kontrollierte Kongress hat am 22. November eine Reihe von Verfassungsreformen verabschiedet, die die absolute Macht des Präsidentenpaares festigen. Die Reformen betreffen 100 Verfassungsartikel und bringen tiefgreifende strukturelle Veränderungen mit sich. Dazu gehört die Formalisierung der „Ko-Präsidentschaft“, die laut des neuen Standes der Verfassung aus einem Mann und einer Frau bestehen soll. Mit anderen Worten: Die Kontrolle über die Exekutive wird sowohl Daniel Ortega als auch seiner Frau Rosario Murillo offiziell übertragen. Die Exekutive wird als Folge der Reformen auch über die Legislative und die Judikative direkt herrschen, wodurch die Gewaltenteilung aufgehoben wird. Darüber hinaus wird die Amtszeit des Präsidenten, die bisher fünf Jahre betrug, auf sechs Jahre verlängert, was eine Verlängerung der derzeitigen Amtszeit bis 2027 bedeutet. Die Reformen beinhalten des Weiteren die offizielle Schaffung einer so genannten „freiwilligen Polizei“ (Policía Voluntaria), einer ehrenamtlichen Institution zur Unterstützung der Nationalpolizei, die in der Praxis laut Menschenrechtsgruppen eine paramilitärische Truppe darstellt.

**Chinesische Megaprojekte:** Die nicaraguanische Regierung hat Ende November einem chinesischen Unternehmen eine Bergbaugenehmigung erteilt. Sie erlaubt dem Unternehmen Xinjiang Xinxin Mining Industry Company Limited für einen Zeitraum von 25 Jahren den Abbau von metallischen und nichtmetallischen Mineralien auf einer Fläche von mehr als 9.000 Hektar nahe der Grenze zu Honduras. Damit steigt die Zahl der Hektar, auf denen dieses Unternehmen im Land Mineralien abbauen kann, auf 50.000 Hektar. Neben dem genannten Unternehmen haben zwei weitere chinesische Bergbauunternehmen Konzessionen in Nicaragua erhalten: Zhong Fu Development und Thomas Metal.

Auf dem 17. Wirtschaftsgipfel zwischen China, Lateinamerika und der Karibik stellte Daniel Ortega eine „neue Route“ für einen interozeanischen Kanal vor. Ortega bot das Megaprojekt dem chinesischen Staat an. Dies kam überraschend, denn im Mai 2024 kündigte die nicaraguanische Regierung die dem Unternehmen HKND erteilte Konzession, nachdem das Projekt zwölf Jahre lang nicht verwirklicht worden war.

**Migration und Repression:** Die Legislative hat eine Reform des Migrationsgesetzes einstimmig erlassen, um Repressionstaktiken der Ortega-Murillo-Regierung gegen kritische Nicaraguaner\*innen, die das Land verlassen, offiziell zu machen. Die Reform legalisiert Ausweisungen, Einreise- und Ausreiseverweigerungen von Nicaraguaner\*innen und Ausländer\*innen, die das Regime als „soziales Risiko“ betrachtet. Es sieht eine Strafe von 2 bis 6 Jahren für jeden Menschen vor, der auf irreguläre Weise nach Nicaragua einreist, ausreist oder versucht, es zu verlassen, „um (...) den Frieden zu gefährden“.

**Menschenrechtspreis geht an nicaraguanische Journalist\*innen:** Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat den Menschenrechtspreis 2024 an die Organisation Periodistas y Comunicadores Independientes de Nicaragua (PCIN) für ihren Einsatz für die Meinungsfreiheit und Menschenrechte im repressiven politischen Kontext Nicaraguas verliehen. PCIN ist ein Netzwerk von über 100 Journalist\*innen und Medienschaffenden aus Nicaragua, gegründet 2018 im Zuge der weiteren Einschränkung der Meinungs- und

Organisation vertreten und eine Rede über die Situation gehalten.

### 3. Guatemala

**Veranstaltung in Berlin:** Das migrantische Kollektiv Voces de Guatemala en Berlín lädt am 14. Dezember zur Veranstaltung "Solidarität gestern und heute" ein, um für die Gemeinden im Widerstand in der Region Sierra de las Minas in Guatemala Spenden zu sammeln. Die Veranstaltung findet im Offline (Lichtenrader Str. 49, 12049 Berlin) statt und fängt mit einer Kufa um 18 Uhr an. Anschließend werden Mitglieder des Guatemala Komitees über ihre Erfahrungen politischer Arbeit und die Bedeutung der Begleitung und Solidarität mit Guatemala berichten. Sie werden eine kleine Ausstellung mit Fotos und Dokumenten mitbringen.

**Kooptierte Justiz:** Das Oberste Wahlgericht Guatemalas ordnete die Annullierung des Rechtsstatus der [Movimiento Semilla](#), der Partei des Präsidenten Bernardo Arévalo, an. Die Entscheidung folgte einer Anordnung des Richters Fredy Orellana. Er wurde im vergangenen Jahr von den USA, der Schweiz und der Europäischen Union wegen seiner Rolle bei dem Versuch, die demokratischen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zu blockieren, sanktioniert. Orellana ordnete die Annullierung der Semilla-Bewegung an, weil sie angeblich bei ihrer Registrierung im Jahr 2017 falsche Unterschriften eingereicht hatte, und stützte sich dabei auf ein Gesetz, das solche Aussetzungen zulässt. Das Gesetz wurde am 25. November geändert, um die Zulassung von Semilla als Partei zu ermöglichen, und der Richter beeilte sich, die Anordnung zu erlassen, noch bevor die Änderung in Kraft trat.

**Pressefreiheit:** Ein guatemaltekisches Gericht hat zugunsten der Generalstaatsanwaltschaft entschieden und die Rückführung des Journalisten [José Rubén Zamora ins Gefängnis angeordnet](#). Zamora war im Oktober nach mehr als 800 Tagen im Gefängnis unter Hausarrest gestellt worden. Die Familie des Journalisten legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, in der Hoffnung, ihn während seines Prozesses zu Hause behalten zu können. Mehrere Menschenrechts- und Pressefreiheitsorganisationen, wie [Reporter ohne Grenzen](#), verurteilten die Entscheidung als willkürlich und missbräuchlich. Präsident Bernardo Arévalo erklärte, die Regierung könne seine Freilassung nicht anordnen, aber sie könne sich dafür einsetzen, dass die Bedingungen seiner Inhaftierung menschenwürdig seien.

**Gerechtigkeit:** Am 28. November entschied ein Berufungsgericht, den Prozess gegen den pensionierten 92-jährigen [General Benedicto Lucas abzubrechen](#). Lucas Garcias Verteidigung argumentierte dafür, dass das Hochrisikogericht „A“ nicht unparteiisch sei. Der Prozess muss jetzt in einem anderen Gericht durchgeführt werden. Diese Entscheidung fiel nach 99 Anhörungen im Prozess gegen Lucas. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Strafe von 2.860 Jahren Gefängnis für Lucas gefordert: 30 Jahre für Völkermord, 30 Jahre für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und 2.800 Jahre für 70 Fälle von Verschwindenlassen. In Guatemala sieht das Gesetz jedoch nur 50 Jahre Haft vor.

## 4. El Salvador

**Umwelt:** Der verfassungswidrige Präsident Nayib Bukele [erklärte im sozialen Netzwerk X \(ehem. Twitter\)](#), er halte es für „absurd“, dass der Metallbergbau in El Salvador verboten sei. Er behauptete, das Land verfüge über die größten Goldreserven pro Quadratkilometer und der Bergbau könne eine „[nie dagewesene wirtschaftliche und soziale Entwicklung](#)“ ermöglichen. Er berief sich auf die Religion und bezeichnete das Metall als einen „riesigen Schatz“, den „Gott uns unter die Füße gelegt hat“.

Umweltexperten und Menschenrechtsorganisationen [warnen seit Jahren](#), dass die Aufhebung des Verbots und die Zulassung des Bergbaus verheerende Auswirkungen auf den Zugang zu Wasser in dem kleinen, dicht besiedelten Land haben würde. El Salvador war 2017 das erste Land, das den Metallbergbau durch ein einstimmiges Votum des Kongresses verbot. Präsident Bukele selbst [feierte das Verbot](#) damals noch.

**Kriminalisierung:** Ende November beschloss ein Gericht auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft, [die Freisprechung der fünf kriminalisierten Aktivisten aus Santa Marta, Cabañas, zu annullieren](#). Der Prozess gegen die Aktivisten und ehemaligen Guerilleros, die 2023 inhaftiert wurden, muss wiederholt werden. Bereits im vergangenen Oktober hatte ein Gericht entschieden, [dass die Staatsanwaltschaft die Anschuldigungen nicht mit Beweisen belegen könne](#). Zivilgesellschaftliche Organisationen und Rechtsexpert\*innen behaupten, [dass die Verfolgung der Angeklagten eher mit deren Aktivismus zu tun hat](#): Alle fünf spielten eine wichtige Rolle im Kampf für die Umwelt, der 2017 zum vollständigen Verbot des Bergbaus im Land führte.

**Ausnahmezustand:** Seit März 2022 hat der Kongress den von Nayib Bukele verhängte Ausnahmezustand 31-mal verlängert. In diesen 32 Monaten haben Menschenrechtsorganisationen [340 Todesfälle von inhaftierten Menschen](#) dokumentiert. Menschen, die aus dem Gefängnis entlassen wurden und weiterhin in Freiheit ungerechten Prozessen ausgesetzt sind, haben Folter in den Gefängnissen erlebt.

Es gibt Fälle von schwerkranken Menschen, die jahrelang ohne Anhörung im Gefängnis sitzen, denen eine angemessene medizinische Versorgung verweigert wurde und die erst dann zu ihren Familien entlassen wurden, als sie kurz vor dem Tod standen. Eine Reportage von El Faro erzählt die Geschichte von [Juan Saul, einem jungen Mann, der 13 Tage nach seiner Entlassung starb](#). Die Reportage ist auch [auf Englisch zu lesen](#).

**Repression und Zensur:** Die Menschenrechtsorganisation Cristosal prangerte am 27. November an, dass ihre Mitarbeiter Opfer „[willkürlicher und illegaler Polizeiverfahren](#)“ geworden seien. Sie berichteten auch von Abhörmaßnahmen und einer Reihe von digitalen Angriffen im Jahr 2024. Cristosal ist eine der bekanntesten Organisationen, die Fälle von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Ausnahmezustands sammeln.

Der Staat ergreift auch Maßnahmen, um kritische Stimmen in staatlichen Einrichtungen zum Schweigen zu bringen. Mindestens 20 Mitarbeitende des Gesundheitsministeriums, die sich an Protesten gegen die Haushaltskürzungen von 2025 beteiligt hatten, [wurden als Vergeltung für ihre Kritik entlassen](#). Eine [neu veröffentlichte Recherche des Magazins Gato Encerrado](#) zeigt systematische Zensur und Bestrafung innerhalb der Regierung.

## 5. Honduras

**Menschenrechte:** Eine Delegation der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) [besuchte die Region Bajo Aguán in Honduras](#). Im Rahmen dieses Besuchs traf die Berichterstatteerin für Honduras, Andrea Pochak, mit Aktivisten zusammen, [denen in der Region Schutzmaßnahmen gewährt wurden und die ihr von Drohungen und Gewalt gegen sie berichteten](#). Dieser Besuch erfolgt zwei Monate nach der Ermordung des Umweltaktivisten Juan López, für den die CIDH ebenfalls vorsorgliche Maßnahmen gewährt hatte. Die Institution stellte eine schwache staatliche Präsenz fest, die aufgrund der Kontrolle durch kriminelle und paramilitärische Gruppen nicht in der Lage zu sein scheint, die Sicherheit der Aktivisten zu gewährleisten. In einem Interview mit dem honduranischen Nachrichtenportal Criterio erklärte Pochak: [„Wir gehen mit dem Gefühl, dass es hier in Tegucigalpa einen Staat gibt und dort \(im Bajo Aguán\) einen anderen Staat“](#).

**Gerechtigkeit:** Die Urteile gegen die Täter des Mordes der Aktivistin Berta Cáceres [wurden vom Obersten Gerichtshof Honduras bestätigt](#). Es handelt sich um die Urteile gegen David Castillo, den Drahtzieher des Verbrechens, gegen die ehemaligen Militärangehörigen Henry Hernández und Douglas Bustillo, gegen den Armee-Major Mariano Díaz und gegen drei weitere Personen. Das Gericht beschloss jedoch auch, [den erschwerenden Faktor in Castillos Urteil zu ändern, was eine Verringerung seiner Strafe von derzeit 22 Jahren Gefängnis bedeuten könnte](#).

**Klimakrise:** Der Tropensturm Sara [zog Mitte November über Honduras](#) und verursachte schwere Überschwemmungen und Erdbeben. Nach Angaben der honduranischen Behörden [gab es einen Todesfall, 110.889 betroffene Menschen, 2.534 beschädigte Häuser und 1.707 von der Außenwelt abgeschnittene Gemeinden, da der steigende Wasserpegel 20 Aquädukte, neun Brücken und 233 Straßen zerstört hatte](#). Organisationen der landwirtschaftlichen Produktion [schätzen den Schaden auf 20 Millionen Dollar](#).

---

---